

Asylreform

Sie missachten den Volkswillen, Frau Bundesrätin!

Das Volk hat im Juni 2013 den dringlichen Bestimmungen zum Asylgesetz zugestimmt, um das Asylverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen. Anstatt die beschlossenen Massnahmen endlich umzusetzen, plant Justizministerin Sommaruga weitere unnötige Reformen, welche nur eines zum Ziel haben: die Verteuerung und Verlangsamung des Asylprozesses zu Lasten des Steuerzahlers.

Albert Vitali,
Nationalrat, Luzern

Die Schweiz ist attraktiv für Flüchtlinge. Das verlangt nach einer harten, aber fairen Asylpolitik. Im Rahmen der Revision des Asylgesetzes erklärte das Parlament eine Reihe von Bestimmungen für dringlich, welchen das Volk in der Referendumsabstimmung vom 9. Juni 2013 mit über 78 Prozent zugestimmt hat. Als Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements plant Bundesrätin Sommaruga nun weitere Reformen. Dazu gehören eine unentgeltliche rechtliche Beratung und Vertretung sowie ein gesetzlicher Anspruch auf Sozialhilfe und Gesundheitsversorgung für Asylbewerber.

Keine stärkere Verrechtlichung des Asylverfahrens

Das Bundesverwaltungsgericht kritisiert den Vorschlag einer unentgeltlichen Rechtsvertretung scharf. Es befürchtet eine «substanzielle Mehrbelastung» für die Gerichte durch einen Anstieg der Beschwerdeflut. Besonders stossend ist das Vorhaben, mündliche Instruktionsmassnahmen in den Bundeszentren durchzuführen anstatt, wie bisher, allein durch Akteneinsicht. Dies würde zu einer Verlangsamung und Verkomplizierung des Asylprozesses führen.

Schlimmer noch ist das Vorhaben der Justizministerin einer kostenlosen medizinischen Vollversorgung für Asylbewerber. Der Vorschlag ist ein Schlag ins Gesicht aller Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, welche nicht dasselbe Privileg geniessen. Nach Auffassung der Bundesrätin sollen unsere Bürgerinnen und Bürger



Albert Vitali, Nationalrat, Luzern

sogar noch dafür mit ihren hart verdienten Steuerabgaben bezahlen – von Gesetzes wegen!

Und nun überlegt sich Bundesrätin Sommaruga tatsächlich, das im Rahmen der beschlossenen Reformen abgeschaffte Botschafts asyl wieder einzuführen. Alles unter dem Vorwand der tragischen Ereignisse der Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa, wohl wissend, dass die Mehrheit dieser betroffenen Flüchtlinge aus wirt-

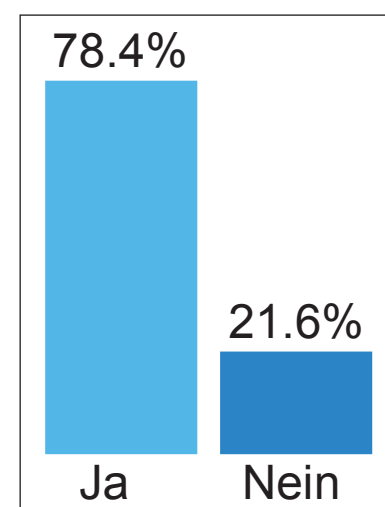
schaftlichen und nicht politischen Gründen fliehen.

Reformitis für eine Asylindustrie auf dem Buckel der Steuerzahler

Anstatt die bereits beschlossenen Reformen konsequent umzusetzen, versteckt sich die Justizministerin hinter einer Reformitis-Strategie, welche den Asylprozess komplexer, teurer, langsamer und das bestehende Recht unüberprüfbar macht. Die im August

2012 eingeführte 48-Stunden-Regelung für Asylbewerber aus sicheren Ländern hat zu einem massiven Einbruch an Gesuchen geführt. Bereits vor einem Jahr hat die FDP deshalb gefordert, diese Regelung auch auf andere Staaten wie Tunesien auszuweiten, um diejenigen abzuschrecken, welche sowieso keine Aussicht auf Asyl in der Schweiz haben.

Die vom Volk beschlossenen Asylreformen ermöglichen eine Vereinfachung und Beschleunigung des Asylverfahrens. Sie sind geeignet, den Missbrauch im Asylwesen zu verhindern und gleichzeitig die humanitäre Tradition der Schweiz zu wahren, damit diejenigen Personen Hilfe erhalten, welche sie am dringendsten benötigen, und sicher nicht eine Gilde von Juristen und Sozialarbeitern auf dem Buckel des Steuerzahlers. Es ist an der Zeit, dass Frau Sommaruga den Willen des Volkes akzeptiert und diesen endlich in die Tat umsetzt – aus Liebe zur Schweiz.



Die Abstimmungsergebnisse zur Revision des Asylgesetzes war eindeutig.